

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mkt., bei Selbstabholung 5.50 Mkt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mkt., für einen Monat 6.— Mkt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer-Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig:** Tauschaer Straße 10/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gefaltete Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mkt., bei Platzvorschrift 2.30 Mkt.; Familiennachrichten, die 7 gefaltete Zeile 1.70 Mkt., Nekrolog-Kolonelleise 7.50 Mkt. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Friede mit Amerika.

Washington, 1. Juli. Der Senat hat die Kompromißresolution, die den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits beendet, mit 88 gegen 19 Stimmen angenommen. Damit hat der Kongreß die Kompromiß-Resolution endgültig verabschiedet. Sie geht jetzt zur Unterzeichnung an den Präsidenten.

New York, 2. Juli. Präsident Harding unterzeichnete die Resolution über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland und Deutsch-Oesterreich.

Die ersten Wirkungen des Friedenschlusses.

London, 2. Juli. Der Washingtoner Berichterstatter der Morning Post meldet seinem Blatt, nachdem der Kongreß die Friedensresolution angenommen habe, werde über einen Handelsvertrag mit Deutschland verhandelt werden. Die Washingtoner Post, die, wie man glaubt, das Sprachrohr Hardings ist, schreibt, die Nachricht, daß Präsident Harding beabsichtige, den Verfall der Vertrag oder einen neuen Vertrag wiederum dem Senat vorzulegen, sobald die Friedensresolution erledigt sei, entbehre jeder Grundlage. Ferner wird von dem Berichterstatter der Morning Post gemeldet, daß das Kriegsamt die Meldung betreffend die Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein nicht bestätigt hat, daß aber mit Rücksicht auf die Herabsetzung der Grenzstärke und auf die dringende Notwendigkeit der Sparsamkeit die Zurückziehung nicht unwahrscheinlich sei.

Das englisch-japanische Bündnis um ein Jahr verlängert.

London, 2. Juli. Reuter erzählt, mit Rücksicht darauf, daß die im vorigen Juli von Großbritannien und Japan an den Völkerbund gerichtete Mitteilung bezüglich eventueller Abänderung des englisch-japanischen Vertrages zu dem Zwecke erfolgte, ihn mit der Völkerbundszustimmung in Uebereinstimmung zu bringen, was nicht als eine Kündigung des Vertrages anzusehen sei, sei es nicht notwendig, wie vorgeschlagen, das Bündnis vom 6. Oktober zu verlängern. Der Vertrag werde daher vom 13. Juli ab ein weiteres Jahr laufen.

London, 2. Juli. Mit Rücksicht auf die einander vielfach widersprechenden Meldungen betreffend die Erneuerung des Bündnisses mit Japan veröffentlicht Reuter eine Mitteilung, in der es heißt: Die im vorigen Juli an den Völkerbund gesandte Note wurde von den juristischen Beratern der Krone als eine Kündigung des Bündnisvertrages angesehen. Danach würde also der Vertrag in diesem Monat erlöschen. Vor zwei Tagen hat aber der höchste juristische Beamte der Krone, der Lordkanzler, die früheren Urteile umgekehrt und entschieden, daß die Note an den Völkerbund keine Kündigung des Vertrags bedeute, welche Ansicht übrigens Lord Curzon ebenso wie die japanische Regierung von Anfang an vertreten hatten. Japan ist von der veränderten Auffassung Großbritanniens verständigt. Da der Vertrag, selbst, wenn er am 13. Juli gekündigt werden sollte, automatisch ein Jahr weiterlaufen würde, wird der Vorschlag wegen Verlängerung des Vertrags um drei Monate nicht weiter erörtert.

Die Befreiung Oberschlesiens.

Beuthen, 2. Juli. (D.M.) Die ersten englischen Truppen sind am Donnerstag mit Maschinengewehren, Tanks und Panzerautomobilen in Hindenburg eingetroffen. Sie wurden auf dem Entladebahnhof untergebracht. Die Räumung der zweiten Zone durch die polnischen Insurgenten wurde am Freitagfrüh begonnen. Die Eisenbahnstrecke von Gleiwitz nach Laband ist frei. Es gehen bereits mehrere deutsche Kohlenzüge. Die internationale Kommission wird nach vollzogener Räumung einen partiellisch zusammengesehnen Ausschuss auf allen Strecken reisen lassen, um zu begutachten, ob der Eisenbahnverkehr wieder ausgenommen werden kann oder nicht.

Aus Gleiwitz wird vom 2. Juli gemeldet: Mit der Aufnahme des Verkehrs ist in beschränktem Maße begonnen worden. Gestern früh ist der erste Personenzug von Oppeln abgefahren.

Die Entscheidung steht bevor.

Paris, 2. Juli. Der Pariser Mitarbeiter der Dena drahtet: Hier verlautet bestimmt, daß die Interalliierte Kommission ihren Bericht über die Grenzfestlegung in Oberschlesien bereits fertiggestellt hat. Die Fertigstellung des Berichts ist mit Hilfe von Sachverständigen erfolgt und der Bericht dürfte in den nächsten Tagen beim Obersten Rat in Paris eintreffen. Die Entscheidung liegt beim Obersten Rat und soll auf Grund dieses Berichts getroffen werden. Ueber den Inhalt des Berichts verlautet jedoch nichts Bestimmtes.

Deutsche Befürchtungen.

Breslau, 4. Juli. (T.U.) Der Interalliierte Kommission wurde eine Erklärung der vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens übermittelt, in der es u. a. heißt: Die Interalliierte Kommission glaubt, den polnischen Zustand durch das Räumungsabkommen beseitigen zu können. Die leidende Bevölkerung Oberschlesiens hat Grund zu der Annahme, daß dieser Zustand nicht der letzte ist. Die Formationen der Aufständischen gehen bewaffnet über die Grenze zurück. Sie werden mit ihren Geräten nach Polen transportiert, so wie sie von dort ge-

konnen sind. Die aus Oberschlesien stammenden Aufständischen gehen mit ihren Waffen in ihre Heimatorte. In der deutsch und polnisch gedruckten polnischen Presse spricht man schon jetzt von einem neuen polnischen Aufstande.

Ein blutiger Zusammenstoß zwischen Polen.

Boguski, 2. Juli. Während des Festzuges am Peter-Paulstag gerieten beim Tanz in einem Lokal kongreßpolnische Insurgenten mit einem Trupp ober-schlesischer Insurgenten in Streit. Die Oberschlesier feuerten von außen mit einem Maschinengewehr in den Tanzsaal hinein. Die Kongreßpolen hatten zehn Tote und 11 Verwundete. Der Führer der Angreifer, einer der Kommandanten von Beuthen, wurde festgenommen und über die Grenze geschafft.

Ein Kabinett Bonomi.

Berlin, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Rom wird gemeldet. Die Blätter wollen wissen, Bonomi habe dem König seine Bereitwilligkeit zur Bildung des Kabinetts erklärt. U. a. wird das Zustandekommen des Kabinetts bis kommenden Montag erwartet. Dieses dürfte hauptsächlich die bürgerliche Linke repräsentieren. Nur die nationalitistischen Kreise opponieren, weil Bonomi der Unterhändler in Rapallo war. Das innerpolitische Programm Bonomis umfaßt den Aufbau des Genossenschaftswesens, Schöpfung eines Arbeitsparlamentes, Beamtenreform und wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Ein Abkommen zwischen Faschisten und Sozialisten?

Rom, 2. Juli. Die Zeitungen bestätigen, daß ein Friedensabkommen zwischen Faschisten und Sozialisten unterschrieben werden wird. Dieser Friedenspakt sieht die Einrichtung von Schiedsgerichten vor und die Verpflichtung, die gegenseitigen Meinungen zu achten. Die Sozialisten verpflichten sich, die patriotischen Gefühle der Faschisten zu achten und sich jeder antinationalen Propaganda zu enthalten (? D. Red.). Die Zeitungen besprechen diese Erklärungen und schreiben, daß diese Verhandlungen die Aufgaben des neuen Kabinetts Bonomi gewaltig erleichtern werden.

Wie ernst es den Faschisten mit ihren Friedensabsichten ist, beweist ihre neueste Schreckenstat, über die folgendes berichtet wird:

Rom, 2. Juli. Wie Tempo mitteilt, begaben sich infolge eines Zwischenfalles in Grosseto, wo die Kommunisten einen Faschisten aus Siena, einen ehemaligen Hauptmann der Ardit, getötet hatten, etwa 1000 Faschisten aus Rom, Siena und sogar aus Triest zu einer Strafexpedition nach Grosseto. Trotz der auf sie abgegebenen Schüsse erklärten die Faschisten die Arbeitskammer, die Druckerei einer kommunistischen Zeitung und mehrere den Kommunisten gehörende Häuser. Die Wächter der öffentlichen Ordnung konnten die Unruhen nicht verhindern. Eine Mitteilung der Faschisten von Siena besagt, daß bei dem Zusammenstoß 15 Kommunisten getötet und viele verwundet worden seien.

Befriedigung der Alliierten über die Entwaffnungsergebnisse.

London, 2. Juli. Reuter veröffentlicht eine Uebersicht über den bisherigen Stand der deutschen Entwaffnung, worin es heißt, das Ergebnis bis Mitte Juni wurde sowohl von belgischen als auch von französischen Offizieren als durchaus befriedigend anerkannt. Das Vorgehen der britischen Regierung in der Frage der Einwohnerwehren habe einen guten Eindruck gemacht.

Von den Sachverständigenverhandlungen.

Paris, 1. Juli. Die Verhandlungen über die deutschen Sachlieferungen sind heute fortgesetzt worden. Temps teilt mit, daß man in der Preisfrage sich der im Artikel 8 des Londoner Zahlungsstatuts schon angedeuteten Grundlage näherte. Die Preise würden durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden, die sich zusammensetzen soll aus einem Franzosen, einem Deutschen und einem Schiedsrichter, der im Bedarfsfalle von der Reparationskommission ernannt werden soll. In bezug auf die Zahlungsfristen und die Zahlungsart sei ein Plan ins Auge gefaßt worden, durch den Frankreich die Möglichkeit erlange, die Zahlungen auf eine möglichst lange Periode zu kasseln.

Japan verzichtet auf das Beschlagnahmerecht.

Berlin, 2. Juli. Die japanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt davon Mitteilung gemacht, daß sie auch für den Fall, daß Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, nicht beabsichtige, auf Grund des § 18 der Anlage 2 zum Teil VIII des Versailleser Friedensvertrages das Eigentum deutscher Staatsangehöriger mit Beschlagnahme zu belegen. Dieser Verzicht bezieht sich auf alle deutschen Güter, die sich in Japan oder in den von ihm verwalteten Gebieten befinden und schließlich ausdrücklich Bankkonten sowie Waren, die sich an Bord japanischer Schiffe befinden oder in Konsignation nach Japan gesandt worden sind, ein.

Mit dieser Entscheidung hat sich Japan dem Schritt Englands, Belgiens, Italiens und der Tschecho-Slowakei angeschlossen, so daß von den in Betracht kommenden Entente-Staaten nur Frankreich sich noch nicht hat entschließen können, diese dem Handelsverkehr mit Deutschland schwer schädigende Bestimmung des Versailleser Friedensvertrages aufzuheben.

Die Klippen des Kabinetts Wirth

Ein Stück des Weges, den das Kabinett Wirth zurückgelegt hat, kann heute schon übersehen werden. Es gibt Anhaltspunkte zur Beantwortung der Frage, wohin der Weg führen wird. Das außenpolitische Verhalten der Regierung kann im allgemeinen die Billigung auch unserer Partei finden. Noch nie bisher seit den Waffenstillstandstagen hat die Welt von der Regierungsbank des deutschen Reichstages so ehrliche und offene Worte über die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen gehört. Selbst eine sozialdemokratische Regierung hat den Ton gefunden, den der Reichskanzler Wirth und der Minister Rathenau angeschlagen haben, und auf den aus dem Auslande das Echo ertönte: Darauf haben wir mehr als zwei Jahre vergeblich gewartet. Das Kabinett Wirth hat zu jedem festgesetzten Termin mitteilen können, daß die vorgeschriebene Frist innegehalten worden ist, sowohl auf finanziellen wie auf militärischem Gebiet. Daß dabei noch große Schwierigkeiten bestehen, daß nicht alle Maßnahmen der Regierung glatt und reibungslos zur Durchführung gelangen, das ist zum größten Teil die Schuld der Vorgänger dieser Regierung, die durch ihre passive Resistenz in allen diesen Fragen den ganzen Behördenapparat, den Geist des passiven Widerstandes, der Sabotage eingeleitet haben. Es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß der Kampf gegen diese Sabotage in der Verwaltung nicht aufhört, daß die Reinigung sich, je länger das Kabinett Wirth am Ruder ist, um so energischer durchsetzt.

Wiel weniger einverstanden können wir vom sozialistischen Standpunkt aus mit der innerpolitischen Haltung der Regierung sein. Was Herrn Gradnauers Tätigkeit leidet, ist der Geist schwarzejünger Reaktion. Er entschuldigt sich damit, daß er den Widerstand der preußischen Regierung, die sich nun endgültig als Regierung des schwarz-blauen Blocks gefestigt hat, nicht ohne weiteres beseitigen könne, wenn es gilt, den Belagerungszustand aufzuheben. Das ist eine mehr als lächerliche Ausrede. Was hat die Regierung des Herrn Fehrenbach nach der Meinung der damals sozialdemokratischen preußischen Koalitionregierung bestraft, wenn sie den Belagerungszustand verhängt und aufgehoben hat. Damals galt das Wort des Preußenkabinetts fast nichts. Heute, da es Herrn Gradnauer angenehm ist, für seine reaktionäre Tätigkeit andern die Verantwortung zuzuschreiben, lenkt man plötzlich die Verfassungsparagrafen nicht mehr, die dem Reichspräsidenten das Recht zur Verhängung und Aufhebung des Belagerungszustandes geben. Von Herrn Schiffer, dem Jagow-Freunde, wollen wir lieber ganz schweigen. Wir erwarten den Tag, an dem sich die klare Notwendigkeit ergeben wird, das Kabinett Wirth von den Elementen zu reinigen, die seinem Geiste fremd sind.

Die Stellung aller deutschen Regierungen hängt aber angeht die außenpolitischen Lage, in der wir uns als Besiegte befinden, in viel größerem Maße von außenpolitischen Einflüssen ab, als die meisten bei uns annehmen, und als das Ausland gemeinhin in Rechnung stellt. Als das Kabinett Wirth seine ersten Regierungstaten und vor allem die Rede Wirths und Rathenaus hinter sich hatte, da war im Ausland eigentlich nur eine Stimme, daß das die Regierung wäre, die endlich geeignet sei, die Anbahnung normaler Beziehungen in Europa zu fördern. Leider blieb es zunächst bei diesen anerkennenden Worten. Auf englischer Seite machte sich eine gewisse Geneigtheit zur Verständigung und sinngemäßem Nachgeben bemerkbar. Man kann nicht verkennen, daß die vernünftigen, von aller Neigung zu nationalitistischen Abenteuer freie Haltung der Regierung Wirth in der ober-schlesischen Frage bei den Engländern die Wirkung einer ruhigen aber durchgreifenden Liquidation des polnischen Aufstandes ausgelöst hat. Das, was der englische General Henneker in Verhandlungen mit Hofer und Korfanty erreicht hat, hätte auch General Le Rond erreichen können, wenn er den ersten Willen zur Liquidierung des polnischen Aufstandes gehabt hätte. Darüber besteht auch bei unsern Parteigenossen in Oberschlesien, die die Verhältnisse aus eigener Anschauung an Ort und Stelle kennen, kein Zweifel. Aber bis auf diese ober-schlesische Frage und bis auf gewisse Konzessionen in der Festlegung der finanziellen Leistungen durch die Garantiekommision ist die englische Geneigtheit zur Verständigung doch eine mehr platonische Angelegenheit geblieben. England huldigt noch immer dem Grundsatze, mit deutschen Interessen sich von seinen orientalischen Schwierigkeiten freizukaufen. Noch immer hat man in England nicht erkannt, daß es eine Konsolidierung der Verhältnisse im Orient nicht gibt, ehe nicht die Ruhe in Europa wieder hergestellt ist. Aber der eine vernünftige deutsche Außenpolitik am meisten gefährdende Faktor bleibt doch die französische Politik. Man wird sich in Frankreich klar werden müssen, daß, wenn dieses Kabinett Wirth über die Frage der Sanktionen oder über eine ungünstige Lösung des ober-schlesischen Problems fällt, auf Jahre hinaus in Deutschland keine Regierung einer außenpolitischen Verständigung mehr möglich ist. Weil dann alle Nationalisten und alldeutschen Heer-